

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 53 (1966)
Heft: 12

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- | | |
|---|--|
| 6. Entwicklung des plastischen Empfindens. | 6. Werkunterricht: Plastisches Formen mit verschiedenen Materialien (Ton, Draht, Holz, Textilien, Kunststoffe usw.). Mensch, Tier, Geräte, konstruktive Gebilde. |
| 7. Erste Begegnung mit den Gesetzen der Bildgestaltung. | 7. Kunstbetrachtung, erstes Erfassen optischer Ordnungen. |
-

16. bis 19. Altersjahr

- | | |
|---|--|
| 1. Erfassen und bewußtes Anwenden der bildhaften Gestaltungsmittel. Erkennen formaler und farbiger Zusammenhänge. Erweiterung der technischen Ausdrucksmittel. Grundbegriffe der Farbenlehre. Beziehung des bildnerischen Schaffens zu verwandten künstlerischen Gebieten (Musik, Tanz, Sprache). | 1. Flächengestaltung in Schwarz-Weiß, gegenständlich und ungegenständlich (Linol- und Holzschnitt, Radierung). Ton- und Valeurstudien an geeigneten Motiven, gegenständlich und ungegenständlich. Gegenstandsgebunden und ungegenständliche Farbübungen. Entwicklung von Farbordnungen. Stilleben, Pflanzen-, Baum- und Landschaftsstudien. Figuren- und Tierzeichnen nach der Beobachtung und aus der Erinnerung. |
| 2. Erweiterung und Differenzierung der räumlichen Vorstellung. Kenntnis und Anwendung der Gesetze der räumlichen Darstellung. | 2. Übungen zur Zentralperspektive, nach der Natur und aus der Vorstellung. Arbeitsreihen. |
| 3. Erfassen und Erkennen der Gesetze der Bildgestaltung. Wahrnehmen und Denken von visuellen Ganzheiten. Verständnis für die Probleme der zeitgenössischen Kunst und für Fragen der Umweltgestaltung. | 3. Vergleichende Betrachtung von Werken verschiedener Epochen und Kulturen (Malerei, Plastik, Architektur). Wohnkultur, kritische Stellungnahme zu den Erscheinungen der Gegenwart (Geräte, Möbel, Wohnung, Siedlung). Besuch von Ausstellungen. |
-

Umschau**Eine internationale Charta für den Lehrer**

Eugène Sochor

Schulexperten aus 29 Ländern trafen sich kürzlich in Genf. Es ging darum, nicht nur die üblichen gegenseitigen Berichte über Stand und Fortschritt des Erziehungswesens entgegenzunehmen, sondern einen entscheidenden Schritt zu tun: Einstimmig wurde der Entwurf einer internationalen Empfehlung angenommen, durch welche

die berufliche, soziale und wirtschaftliche Lage des Lehrers verbessert werden soll.

Schauplatz dieses Ereignisses war die jährlich in Genf vom IBE (International Bureau of Education) und der UNESCO gemeinsam veranstaltete Internationale Erziehungskonferenz. Als Ergebnis der Zusammenarbeit beider Organisationen stützt sich der Entwurf einer künftigen Charta des Lehrers im wesentlichen auf die Vorschläge von zwei Fachtagungen. Die eine wurde 1963 vom Internationalen Arbeitsamt (ILO) abgehalten und betraf die soziale und wirtschaftliche Situation der Lehrer an Volksschulen und Sekundar-

schulen; die zweite, eine UNESCO-Konferenz, befaßte sich mit dem Status des Lehrers. Der nun gebilligte endgültige Entwurf berücksichtigt die Kommentare einer Anzahl von Regierungen und internationaler Lehrerorganisationen, denen der vorläufige Entwurf zur Stellungnahme zugeleitet worden war.

Zwar wird man die Regierungen nicht zwingen können, der Empfehlung durch gesetzgeberische Maßnahmen nachzukommen, doch werden ihnen ebenso wie den Lehrerverbänden entsprechende Schritte erleichtert, wenn es einen international anerkannten Minimum-Standard gibt. (Den einzel-

nen Staaten wird es freistehen, die ihrem Schulsystem und ihren verfassungsmäßigen Gegebenheiten entsprechenden Gesetze oder Richtlinien zu erlassen.)

Eine Reihe von Konferenzteilnehmern hob hervor, wie wichtig gerade hierfür das Dokument sein werde. Es werde den Lehrerverbänden bei ihren Bemühungen einen nicht zu unterschätzenden moralischen Rückhalt geben. In den 145 Einzelbestimmungen des Charta-Entwurfs hat man sich trotz der unterschiedlichen geschichtlichen und sozialen Bedingungen in den zahlreichen Staaten auf einer gemeinsamen Ebene gefunden.

Der Empfehlungsentwurf definiert pädagogische Prinzipien, Ziele und Grundsätze der Schulpolitik, Voraussetzungen für den Beruf, für Ausbildung und Fortbildung der Lehrer, für Anstellung und berufliche Aufstiegschancen. Auch wird die Notwendigkeit betont, Pflichten und Rechte der Lehrer festzulegen, die Voraussetzungen für einen wirksamen Unterricht zu schaffen und, nicht zuletzt, die Besoldungsordnungen der Bedeutung dieses Berufes anzugleichen und sie in Zeitabständen einer Revision zu unterziehen.

Der Entwurf fordert, daß Lehrer und Lehrerverbände bei schulpolitischen Entscheidungen herangezogen werden sollten, vor allem in Lehrplan- und Methodenfragen. Er empfiehlt ferner, daß die Besoldung und die Arbeitsbedingungen der Lehrer zwischen ihren Berufsorganisationen und den Arbeitgebern vereinbart werden.

Außerdem wird festgestellt, daß Notmaßnahmen zur Behebung des allgemein verbreiteten Lehrermangels keinesfalls das erreichte oder angestrebte Niveau des Berufes beeinträchtigen dürfen. Notlösungen und Begleiterscheinungen des Lehrermangels, wie zum Beispiel übergroße Klassen oder unverträglich hohe Wochenstunden der Lehrer, seien mit den Zielsetzungen der heutigen Erziehung unvereinbar und schädeten den Schülern.

In dem Entwurf wird ferner die moderne Auffassung vertreten, daß – für die Lehrer ebenso wie bei jedem anderen Mangelberuf – der beste Weg zur Behebung des Mangels eine Hebung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Status, eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der Anstellungsverhältnisse und der beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten sei.

Eine vom Internationalen Erziehungsbüro in Genf zusammengestellte Übersicht, zu der die Erziehungsministerien von 83 Staaten Berichte beisteuerten, vermittelt einen Eindruck vom Umfang des Lehrermangels in aller Welt. Von den Berichtsländern klagten Dreiviertel über einen Mangel an Volksschullehrern; 51 Staaten gaben an, daß sie sich gezwungen sehen, Aushilfslehrer ohne volle Berufsqualifikation zu beschäftigen.

Wie Dr. William G. Carr, Geschäftsführer der National Education Association der USA und Generalsekretär des internationalen Dachverbandes der Lehrer-Organisationen, WCOTP (World Confederation of Organizations of the Teaching Profession) zusammenfassend sagte, ist der Lehrermangel nicht nur für Entwicklungsländer charakteristisch, sondern schlechthin überall verbreitet. In den Industriestaaten sei er weniger durch das Fehlen genügend vorgebildeter Menschen als vielmehr dadurch bedingt, daß qualifizierte Kräfte in besser bezahlte Stellungen in Industrie und Wirtschaft abwandern.

«Der Lehrerberuf zieht nicht mehr die geeigneten und aufstrebenden jungen Leute an, die ihm früher zuströmten. Die meisten Lehrer stehen unter dem Eindruck, daß ihr Beruf deklassiert sei. Die Unterbewertung wird ihnen besonders dann bewußt, wenn sie ihre materiellen und sozialen Möglichkeiten mit denen anderer Berufsgruppen vergleichen», sagte Jean Thomas, Inspecteur General des französischen Erziehungswesens und langjähriger stellvertretender Generaldirektor der UNESCO.

Doch der Lehrermangel hat nicht nur mit der Besoldung zu tun. Wenn durch die Beachtung der jetzt ausgearbeiteten Empfehlungen auch das Besoldungsproblem gelöst, der Status des Lehrers gehoben würde, so wäre damit vielleicht Entscheidendes für den Lehrernachwuchs getan, nicht aber für die Lehrerinnen: Denn alle nur erdenklichen Vergünstigungen sind keine Alternative für eine Heirat.

In vielen Staaten scheinen die jungen Lehrerinnen nach wenigen Berufsjahren weggeheiratet zu werden. Dr. E.W.H. Briault, London, berichtet beispielsweise, daß seinem Land auf diese Weise die Hälfte aller Lehrerinnen schon drei Jahre nach dem Berufseintritt verloren geht. Maury Tall, der Leiter des Volksschulwesens in Senegal, wies darauf hin, daß man in einigen

Entwicklungsländern Sorgen hat, weil die besten männlichen Lehrkräfte in die Politik abwandern. Diese Schwierigkeit freilich ist, wie Frau Sarah Ntiro vom Erziehungsministerium Ugandas äußerte, vermutlich nicht zu beheben, da in diesen Staaten Fachleute, die zu schulpolitischen Entscheidungen befähigt sind, dringend gebraucht werden.

Die Entwicklungsländer geben sich alle Mühe, den gewaltigen Bedarf in allen Sparten des Erziehungswesens zu decken und durch die verschiedensten Maßnahmen Lehrer anzuwerben, auszubilden und im Beruf zu halten. Ghana zum Beispiel hat, wie K. Ohene-Adu, der Leiter der Personalabteilung im Erziehungsministerium von Akkra mitteilte, allein im Jahre 1965/66 35 neue Lehrerbildungsstätten eröffnet. Die Lehrer, die in diesen Seminaren oder Hochschulen in Ghana und anderen Staaten herangebildet werden und jene, die ihnen in den kommenden Jahren folgen werden, sehen dem Tag entgegen, an dem ihre Rolle und ihr Einfluß in der Öffentlichkeit und durch den Staat gebührend gewürdigt werden.

In ihrem Schlußbericht bemerkte die Expertenkommission: «Es ist nicht genug damit getan, Schulen, Universitäten, Laboratorien und Bibliotheken zu bauen, wenn man die Struktur des Erziehungswesens, die Lehrpläne und -methoden verbessern oder mittel- bis langfristige Bildungspläne aufstellen will. Jede Anstrengung wird vergebens sein, wenn es nicht gelingt, dem Lehrerberuf genügend qualifizierte, gut ausgebildete und von der Bedeutung ihrer Aufgabe durchdrungene Menschen zuzuführen, die in der Folge auch mit der gesellschaftlichen Stellung zufrieden sind, die ihnen in der Gegenwart zukommt.» (UNESCO)

8. Didacta – Basel Zentrum der Bildungs- und Lehrmittel

Mit der *Didacta*, der 8. Europäischen Lehrmittelmesse, die vom 24. bis 28. Juni 1966 in den Hallen der Schweizer Mustermesse zur Durchführung gelangt, wird Basel für einige Tage zum Zentrum der Pädagogen und Fachleute, die in der ganzen Welt auf den Gebieten von Schule und Bildung tätig sind. In den modernsten Messehallen Europas erhalten über 500 Lehrmittel

und Schulausstattungsfirmen aus 15 Ländern der Welt die Gelegenheit auf einer Fläche von 35000 Quadratmetern ihre Produkte zu zeigen. Die «Europäische Lehrmittelmesse» ist seit ihrer erstmaligen Durchführung im Jahre 1951 zu einem Begriff geworden, haben sich doch an den seither alle zwei Jahre durchgeführten Messen aus 70 verschiedenen Ländern der Welt rund 200000 Pädagogen, Verleger und Fabrikanten als Aussteller und Besucher beteiligt. Die erstmalige Durchführung der *Didacta* in der Schweiz ist nicht nur für Basel, sondern für das ganze Land eine Aufgabe, die in schönster Weise der Tradition gerecht wird, Mittler und Treuhändler einer Sendung zu sein, die der Lösung aktueller und weltweiter Probleme der Schulung und Bildung dient.

Die Einführung der Lehrmaschinen und der Sprachlabors im Unterricht sowie der Bezug aller Mittel, die heute Wissenschaft und Technik für eine rationelle und anregende Ausbildung anbieten, wurde zu Recht als der Beginn einer neuen Epoche in der Schule bezeichnet, die nur noch mit der Entdeckung der Buchdruckerkunst verglichen werden kann. Die 8. *Didacta* wird die neuesten Typen dieser Lehrmittel aus den USA und Europa und ihre praktische Anwendung zeigen. In einer lückenlosen Schau werden aber auch alle bewährten und bekannten Unterrichtsmittel zu sehen sein, wie sie für alle Schulfächer, vom Kindergarten über die Volksschule, die Fachschule, die Höhere Schule bis zur Universität Verwendung finden. Es wird alles zu sehen sein, was in eine moderne Schule gehört. Der «Tag der Lehrer» bildet am 24. Juni in Basel den Auftakt einer Messe, die auf das Bildungswesen Europas und darüber hinaus nicht ohne Einfluß bleiben dürfte.

Zweite Tagung der Arbeitsgemeinschaft für die Koordination der Schulsysteme

Am 21. und 22. Mai trafen sich in der Kunstgewerbeschule von Zürich etwa 70 Vertreter aus Kreisen der Wirtschaft, Schule und Erziehungsbehörden zur zweiten Tagung der Arbeitsgemeinschaft für die Koordination der kantonalen Schulsysteme in der Schweiz. Zunächst galt es, aus dieser rein privaten Arbeitsgemeinschaft, welche schon beträchtliche Vorarbeiten

geleistet hatte, einen öffentlich-rechtlichen Verein zu machen. Dr. W. Vogel, Dielsdorf, der Initiant, umriß nochmals Zweck und Ziel:

Wozu eine «Arbeitsgemeinschaft»? Der Wunsch nach einer sinnvollen Koordination der verschiedenen kantonalen Schulsysteme ist heute allgemein. Die Gründe liegen auf der Hand. In welcher Richtung soll aber eine Vereinheitlichung, eine Koordinierung angestrebt werden? Neben den kantonalen Behörden und Berufsverbänden bestehen seit langem auch Gremien, welche sich über die Kantonsgrenzen hinaus mit Schulfragen befassen und auch die Frage der Koordination diskutiert haben. Die Arbeit dieser bereits bestehenden Kommissionen ist vor allem deshalb nicht leicht, weil bis jetzt noch keine überkantonale Konzeption für eine Schule der Zukunft besteht. Der Kontakt zwischen den Fachleuten der verschiedenen Regionen war bis jetzt noch zu lose, oft beschränkt er sich auch nur auf einige wenige Berührungspunkte. Die «Arbeitsgemeinschaft» soll nun diese Fragen ins Zentrum rücken und möchte Gelegenheit bieten, alle hängigen Probleme eingehend zu diskutieren und, wenn immer möglich, einige allgemein gültigen Gesichtspunkte herauszuschälen.

Koordinierung oder Zentralisierung? Die geschichtliche Entwicklung führte in der Schweiz zu einer Vielfalt von Schulen, welche zwar äußerst interessant ist, aber in der Praxis viele Schwierigkeiten mit sich bringt. Die Initianten der Arbeitsgemeinschaft möchten die bestehenden Systeme miteinander koordinieren, nicht etwa radikal vereinheitlichen. Nach bewährter eidgenössischer Tradition soll nach einer tragbaren Lösung gesucht werden, die den Veränderungen Rechnung trägt, welche durch die moderne Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Verkehr verursacht worden sind. Die bewährten Traditionen sollen dabei nicht zerstört, sondern in positivem Sinne modernisiert werden. Im Zentrum wird nicht die Technik als solche stehen, sondern der Mensch, dem die Technik zu dienen hat.

Wer soll in der Arbeitsgemeinschaft mitmachen? Zur Mitarbeit sind alle interessierten Kreise eingeladen. Im Vordergrund soll die Einzelpersonlichkeit stehen, welche auf Grund persönlicher Erfahrung und gründlicher Überlegung einen Beitrag leisten kann. Daneben können Behörden, Kommissio-

nen, Verbände und andere Organisationen als Kollektivmitglieder beitreten und ihre Interessen vertreten. Neben Erziehungsbehörden und Lehrerorganisationen sollen aber vor allem auch die Kreise der Wirtschaft mitreden können, damit die Forderungen der Praxis gebührend beachtet werden.

Wie sollen die ausgearbeiteten allgemeinen Richtlinien realisiert werden? Die Initianten der Arbeitsgemeinschaft rechnen bewußt mit dem guten Willen aller beteiligten Kreise. In vielen Kantonen sind gegenwärtig Reorganisationsbestrebungen im Gange. Wenn dabei nicht nur die kantonalen, sondern auch interkantonale Gesichtspunkte berücksichtigt werden, ist bereits ein erstes Ziel erreicht. Sobald ein gewisses Programm vorhanden ist, wird man sich ganz automatisch daran zu orientieren suchen. Die Koordinierung ist nicht eine einmalige Tat, sondern ein langfristiger Prozeß, der bereits im Gange ist. Eine Beschleunigung dieses Prozesses ist aber dringend nötig.

Welche Probleme stehen im Vordergrund?

a) *Vereinheitlichung der Lehrpläne:* Diese oft aufgestellte Forderung soll konkreter gefaßt werden. Die bereits bestehenden Programme sind endlich zu realisieren.

b) *Vereinheitlichung der Lehrmittel:* Sobald eine kräftige Strömung zugunsten der Koordination in Gang kommt, wird sich auch die Koordination auf dem Lehrmittelsektor automatisch anbahnen. Die bereits bestehenden Bestrebungen sind zu fördern.

c) *Angleichung der Gliederung der Schulen in verschiedene Stufen und Abteilungen:* Die extreme Vielfalt der verschiedenen kantonalen Sekundar-, Real-, Bezirks- und Oberschulen soll auf einen vergleichbaren Nenner gebracht werden. Neben einer zielbewußten Selektion und Begabtenförderung ist auch auf die gründliche Ausbildung jener Schüler Gewicht zu legen, welche in unserer modernen Wirtschaft die oft gerühmte Qualitätsarbeit leisten sollen. Während die Diskussion über die beiden ersten Forderungen in erster Linie die Erziehungsfachleute interessiert, sollten beim dritten Punkt möglichst viele Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Handel, Gewerbe und Industrie zum Worte kommen. Die Gestaltung der Schweizer Schule von Morgen ist ein Problem, das alle angeht.

Nach diesen grundsätzlichen und wegleitenden Ausführungen Dr. Vogels

äußerten sich mehrere Votanten in durchaus positivem Sinne. Es wurde jedoch mehrmals ausdrücklich betont, daß jede Koordination freiwillig zu geschehen habe, da niemand die Schulhoheit der Kantone anzutasten wünscht, auch dürfe die persönliche Freiheit des Lehrers nicht in Frage gestellt werden.

Der angeregten und ermutigenden Diskussion folgte die Durchberatung der Statuten, die im Entwurf vorlagen und sozusagen unverändert genehmigt wurden.

In den ersten Vorstand, der 25 Mitglieder umfassen soll, wurden durch die Gründungsversammlung 17 gewählt, die restlichen acht werden durch den Vorstand selbst ergänzt werden, damit auf alle sozialen Gruppierungen und Interessenkreise gebührend Rücksicht genommen werden kann. Unter den 17 Gewählten befinden sich auch zwei Innerschweizer: Herr Dr. Adolf A. Steiner, Zug, und Herr Othmar Zehnder, Rickenbach-Schwyz. Durch Akklamation wurde Herr Dr. W. Vogel zum ersten Präsidenten bestimmt.

Am Sonntag diskutierte man in vier Studiengruppen dringende Probleme einer schweizerischen Schulreform: Ausbau der Mittel- und Oberstufe, Aufgaben der Gewerbeschule und organisatorische Fragen beim Übergang vom Frühjahrs- zum Herbstschulbeginn. Merkwürdigerweise stellte sich bei der Diskussion um den Übertritt von der Volksschule an höhere Lehranstalten heraus, daß sich kein einziger Redner gegen den gebrochenen Lehrgang aussprechen wollte, sondern daß im Gegenteil jedermann das aargauische Schulsystem, seit hundert Jahren bewährt, als Idealfall anzusehen schien. Aber vielleicht war auch die Frage etwas tendenziös gestellt. Man hätte ergänzend zumindest fragen müssen: Wer ist gegen den ungebrochenen Lehrgang? Unter gewissen Umständen drängt er sich doch geradezu auf. Man denke nur an unsere Internate oder an die Kantonsschulen kleiner Kantone!

Am Sonntagnachmittag äußerten sich die beiden Herren R. Pfund, Schaffhausen, und B. Peter, Ebikon, in einem kontradiktorischen Gespräch zum Thema: Soll das Schuljahr im Frühling oder im Herbst beginnen. Man kennt die Standpunkte zur Genüge, auch die Argumente sind nicht neu. Es bleibt zu hoffen, daß gerade in dieser Sache bald eine Koordination

erzielt werden kann. Wenn ich auch das Vorgehen Luzerns keineswegs für taktisch richtig erachte, so meine ich doch, daß die Zukunft den Herbstschulbeginn bringen wird. Man soll doch aus dieser Sache keine Prestigefrage machen. Wie vieles könnte durch eine Vereinheitlichung vereinfacht werden!

Der neugegründeten Arbeitsgemeinschaft, die ja kein Konkurrenzunternehmen zu irgendwelchen Koordinationsbestrebungen sein will, sondern sich bewußt auf Grundsatzstudien und Empfehlungen beschränken wird, wünschen wir vollen Erfolg. *CH*

Schulinspektoren tagen in Vaduz

Auf Einladung der Regierung und des Landesschulrates des Fürstentums Liechtenstein tagten die Schulinspektoren der im Konkordat um das Lehrerseminar Rickenbach zusammengekommenen Gebiete, sowie der Kantone Zug und Glarus, am 31. Mai 1966 in Vaduz. H.H. Ernst Nigg, Schulkommissär, Schaan, bot einen prägnanten Überblick über Geschichte, Staat und Schulwesen des der Schweiz nicht nur durch den Zollvertrag von 1924, sondern auch auf dem Schulgebiet eng verbundenen Fürstentums Liechtenstein.

Im Anschluß an ein wohlfundiertes Referat von Seminarlehrer Karl Bolting sprachen sich die Konferenzteilnehmer über die Erfahrungen mit den Aushilfen und Praktikanten im Lehrerberuf aus. Als Folge des immer noch empfindlichen Lehrermangels sind Stellvertretungen in den Schulstuben in den letzten 12 Jahren sozusagen zu einem Dauerzustand geworden, dies nicht immer zum Vorteil der Schule, wenn es sich um methodisch-pädagogisch ungenügend vorbereitete Stellvertreter handelt. Doch konnte festgestellt werden, daß die Stellvertreter im allgemeinen sich Mühe geben, ihre Aufgabe zu meistern.

Die Praktikanten aus den Lehrerseminarien bedürfen einer sorgfältigen Anleitung und Überwachung durch eine erfahrene Lehrperson, was bei den heutigen Verhältnissen leider nicht immer gut zu bewerkstelligen ist. Es wird Aufgabe einer künftigen Reform sein, nach Abschluß der Patentprüfungen ein zweijähriges Vikariat zu schaffen und die Stoffbemeisterung

durch spezielle Fachmethodik zu fördern.

In einem zweiten Referat orientierte H.H. Dr. Albin Schittenhelm, Steinen, Präsident der interkantonalen Lehrmittelkonferenz, über die Erfahrungen mit den in den letzten Jahren herausgebrachten Lehrmitteln für die Volksschulen und über die in nächster Zeit zu erwartenden Neuerscheinungen. Die modern gestalteten Lehrmittel, welche mit künstlerisch wertvollen Illustrationen versehen sind, erfahren auch in weiten Kreisen des In- und Auslandes eine sehr gute Kritik.

Beim Mittagessen überbrachte der Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, Herr Dr. Gerard Batliner, die Grüße seiner Landesregierung. Am Nachmittag sahen sich die Konferenzteilnehmer das schöne Land Liechtenstein auf einer Fahrt zur 1600 Meter hoch gelegenen Alp Malbun an. *Dr. W.*

Anregende Ergebnisse eines Arbeitskreises zum neunten Schuljahr

An einer Landlehrerwoche bayrischer Lehrer im benachbarten Vorarlberg wurden Ergebnisse erarbeitet, die auch für weitere Kreise von bedeutendem Interesse sein könnten.

1. Der sittlichen Gefährdung unserer Jugend kann nicht nur von seiten der Schule durch die Einführung des 9. Schuljahres wirksam begegnet werden. In den Lehrwerkstätten der Industrie und in den Handwerksbetrieben muß für ein gesundes, sauberes Betriebsklima gesorgt werden, weil auch der 15-jährige Entlaßschüler diesen Gefahren nicht gewachsen ist. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus sollte gelegentlich der Einführung des 9. Schuljahres in dieser Frage sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer an ihre Verantwortung für die jungen Menschen erinnern.

2. Das Staatsministerium sollte vor Einführung des 9. Schuljahres eine rechtzeitige und sachkundige Aufklärung über den Sinn und die Bedeutung des 9. Schuljahres durchführen und zu diesem Zwecke die Eltern in einer persönlich gehaltenen Kleinschrift ansprechen. Die Lehrer von der 7. Klasse abwärts sollten ihre Schüler mit dem Sinn und dem Wert des 9. Schuljahres vertraut machen, so daß es als für sie wertvoll erkannt wird.

3. Weil das 9. Schuljahr nur stufenweise eingeführt werden kann, und deshalb auch weiterhin Schüler aus der 8. Klasse entlassen werden, ist Sorge zu tragen, daß diesen Schülern beim Übertritt in das Berufsleben keine Nachteile erwachsen.

4. Um möglichst vielen Kindern den Besuch der 9. Klasse zu ermöglichen und dem Bildungswillen der Eltern von entfernt wohnenden Kindern Rechnung zu tragen, wird empfohlen, um jede 9. Klasse neben einem Pflichtsprengel einen Berechtigungssprengel zu bilden, analog der österreichischen Regelung bei der Schaffung von Hauptschulen.

5. Die 9. Klasse wird sehr oft eine konfessionell gemischte Klasse sein, so daß der Lehrer besonders bemüht bleiben muß, der religiösen Minderheit gegenüber tolerant zu sein. Aus diesem Grunde muß der Lehrer neben einer vertieften religiösen Bildung im eigenen Bekenntnis sich auch um ein tieferes Verständnis der anderen Konfessionen bemühen. Dazu gehört auch ein guter Kontakt mit den Eltern und vor allem mit den Geistlichen der anderen Konfession.

6. Für den Religionsunterricht in der 9. Klasse ist der Einsatz von Religionslehrern notwendig, die für diese Altersstufe besonders geeignet und vorgebildet sind.

7. Da Schüler aus verschiedenen Orten in der 9. Klasse zusammenkommen, muß der Lehrer versuchen, etwa auftretende Spannungen, wie sie zwischen benachbarten Gemeinden oft vorhan-

den sind, auszugleichen, wozu besonders der Sozialkundeunterricht geeignet ist (z.B. Feststellung der Eigenart und des Wertes jeder Gemeinde und deren Anerkennung; Einbau der Besonderheiten in das Gesamtgefüge einer Landschafts- und Wirtschaftseinheit; Nachweis der Notwendigkeit gemeinsam großräumigen Denkens und Handelns).

B. Scharfenberg, Leiter des Arbeitskreises (Aus «Die kath. Schule» der bayr. kath. Erziehungsgemeinschaft)

Neuntes Schuljahr notwendig, das zehnte erwünscht

In seinem eben erschienenen Werk «Jugendkunde und Jugendführung. Bd. I. Die Kindheit», S. 261, schreibt der bekannte bayrische Pädagoge und Theologe Theoderich Kampmann: «Nachdrücklich sei vermerkt, daß wir das neunte Schuljahr, vor allem aus Altersphasengründen für notwendig und das zehnte für erwünscht halten.» Er verweist dabei auch auf das Werk «Das neunte Schuljahr» des großen Pädagogen Friedrich Schneider schon aus dem Jahre 1952. Kampmann betont dabei die wichtige Aufgabe der Schule und Erziehung: sie habe den jungen Menschen auf Reife und Vollendung hin zu erziehen, aber sie dürfe ihn nicht zu früh und zu intensiv zum Erwachsenen machen und ihn damit überfordern. Nn

tement einen *Aufruf* erlassen und die sich für Heilpädagogik interessierten Lehrkräfte auf die Ausbildungsmöglichkeiten an den Universitäten Zürich und Freiburg aufmerksam gemacht. Der Staat leistet an die Studienkosten einen monatlichen Unterhaltsbeitrag von Fr. 600.-. Meistens versuchen die in Frage kommenden Gemeinden, eine Lehrkraft für die Übernahme einer Hilfsschule zu begeistern, und sie ergänzen dann ihrerseits noch den staatlichen Unterhaltsbeitrag durch namhafte Zuschüsse. Alle Lehrkräfte, die sich bis jetzt zur Erwerbung des Hilfsschullehrerdiploms entschlossen hatten, wurden zum Studium in den heilpädagogischen Seminarien Zürich und Freiburg zugelassen. Wenn trotzdem noch ein Mangel an Heilpädagogen besteht, sind die Gründe weder im finanziellen Bereich noch im Fehlen von Studienmöglichkeiten zu suchen. Sie liegen vielmehr in der Schwierigkeit, Lehrer und Lehrerinnen zu finden, die sich nach Neigung und Charakter für die Führung einer Hilfsschule eignen.

Der Regierungsrat nennt als Maßnahme zur Gewinnung weiterer Lehrkräfte u. a.: Die *Schüler* der solothurnischen Lehrerbildungsanstalt sollen in vermehrtem Maße über die *Bedeutung der Hilfsschule*, das Wesen der Heilpädagogik und die einschlägigen Weiterbildungsmöglichkeiten orientiert werden. – In einem *Kreisschreiben* an die Lehrerschaft, an die Inspektoren und die Lehrerschaft soll in umfassender Art über die Probleme der Hilfsschule, die Voraussetzungen für die Ausbildung zum Hilfsschullehrer, die Studienmöglichkeiten, die finanzielle Hilfe des Staates usw. orientiert werden.

Unsere Lehrkräfte sollen zudem auch auf die speziellen Ausbildungsmöglichkeiten in den Nachbarkantonen Bern, Aargau und Basel-Stadt aufmerksam gemacht werden. Der Regierungsrat ist auch hier bereit, an die Unkosten angemessene Beiträge zu leisten. –

Wir begrüßen diese geplanten Maßnahmen, und es ist zu hoffen, daß der Mangel an Heilpädagogen behoben und die Hilfsschulen tatkräftig gefördert werden können. (Korr.)

ST. GALLEN. Sektion Fürstenland. *Gestaltung und Gebrauch der neuen Jugendbibel* «Die Geschichte unseres Heiles». Von der vierten Primarschulklasse an dient «Die Geschichte unseres Heiles» seit 1962 als amtliches Lehrmittel aller

Aus Kantonen und Sektionen

SOLOTHURN. *Der Mangel an Heilpädagogen*. Der Kanton Solothurn hat vor Jahren die Hilfsschulen gesetzlich verankert. Man versprach sich damals eine wertvolle Institution im Dienste der schwächer begabten Kinder. Nun stellte sich jedoch heraus, daß der gute Wille zur Schaffung dieser Hilfsschulen wohl weitgehend vorhanden ist, daß es aber an den *speziell ausgebildeten Heilpädagogen fehlt*. Diese Tatsache veranlaßte Gewerbelehrer Otto Schätzle (Olten), in einer *Kleinen Anfrage* den Regierungsrat zu bitten, seine Meinung über dieses Problem bekanntzugeben. Auch wurde die Regierung

ersucht, darüber Auskunft zu geben, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um diesem *empfindlichen Mangel an Heilpädagogen* abzuhelpen und gleichzeitig auch die Errichtung von Hilfsschulen zu fördern.

Das *Interesse der Gemeinden* an der Eröffnung solcher Hilfsschulen sei vorhanden, führt der Regierungsrat in seiner Antwort aus. Die Schwierigkeiten, die sich der vermehrten Einführung dieses Schultyps entgegenstellen, beruhen weitgehend auf fehlenden Räumlichkeiten und dem Mangel an heilpädagogisch geschulten Lehrkräften. Deshalb hat das Erziehungsdepartement